

# AKW-Aufseher zu Störfällen: «Keine Evakuierungen nötig»

Atomkraftwerke Aufsichtsbehörde Ensi untersuchte Folgen eines Erdbebens in Gösgen

VON PATRIK MÜLLER

Was würde mit einem Schweizer AKW passieren, wenn es zu einem Erdbeben käme? Zu einem Beben, das so stark ist, wie es hierzulande statistisch nur alle 10 000 Jahre geschieht? Mit dieser Frage befasste sich die Aufsichtsbehörde des Bundes, das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi). Das Fazit der Studie hat das Ensi auf seiner Website aufgeschaltet. «Die Gefahr bei einem 10 000-jährlichen Störfall eines Schweizer Kernkraftwerks wird überschätzt», schreibt das Ensi.

Ensi-Direktor Hans Wanner widerspricht Einschätzungen von AKW-Gegnern, die vor «tödlichen Folgen» warnen. Wanner: «Zahlen von Tausenden von zusätzlichen Krebsfällen oder gar Toten sind falsch.» Die Gefahr sei «sehr gering», die von einem sogenannten Auslegungstörfall in einem AKW ausgehe. Ein Auslegungstörfall ist gemäss Wikipedia ein GAU (grösster anzunehmender Unfall), dies im Unterschied zu einem Super-GAU mit Kernschmelze, wie er in Fukushima geschah. Die Schweizer Behörden verwenden den Begriff GAU nicht.

## Weder Tote noch Verletzte

Hans Wanner erläutert, was bei einem Auslegungstörfall geschehen würde: «Unter realistischen Annahmen wird keine einzige Person einer Strahlungsdosis von 100 Millisievert ausgesetzt. Es wären weder Tote noch Verletzte zu erwarten. Eine Evakuierung wäre nicht nötig.»

Wie kommt das Ensi zu diesem Schluss? Die Behörde hat die potenziellen Auswirkungen eines Erdbebens beim AKW Gösgen untersucht. Es ging dabei von den effektiven Wetterdaten im Monat Juni 2018 aus. Die Berechnungen wurden angestellt für den 11. Juni, weil dies der schlimmste Tag für einen Unfall gewesen wäre - denn es regnete und windete.

In der Studie heisst es: «Für die maximale Dosis in der Umgebung hat diese Berechnung einen Wert von 13 Millisievert ergeben; in den Gebieten der nächsten Anwohner resultierten Dosiswerte von weniger als 10 Millisievert.» Insgesamt wären gemäss Ensi 95 000 Menschen potenziell von erhöhter Strahlenbelastung betroffen gewesen, mit einer durchschnittlichen Dosis von rund 0,3 Millisievert. Dieser Wert sei harmlos, schreibt das Ensi: «Er entspricht einem Zwanzigstel der Strahlung, welcher ein Bewohner aufgrund natürlicher, medizinischer und zivilisatorischer Quellen tatsächlich jedes Jahr im Mittel ausgesetzt ist.» und weiter: «Das zusätzliche Risiko für die betroffene



Das AKW Gösgen liegt von allen Kernkraftwerken am nächsten zur Bevölkerung.  
Unten: Grafik zu Beznau. KEY

## AKW: Folgen eines Erdbebens am Beispiel von Beznau

Annahme: Es passiert ein Erdbeben in einer Stärke, die nur alle 10 000 Jahre erfolgt. Es ist so stark, dass jedes vierte Haus beträchtlich beschädigt wird.

Der Dosisgrenzwert gilt für eine Person, die sich während des Wolkendurchzugs in unmittelbarer Nähe zum AKW befindet, ein Jahr am Ort der grössten Dosis arbeitet und wohnt und die Nahrungsaufnahme zwei Tage lang aus dem betreffenden Gebiet deckt.



Bei einem Erdbeben in einer Stärke, die nur alle 10 000 Jahre vorkommt, beträgt die Dosis inklusive Einzelfehler in 300 m Distanz vom Kraftwerk 32 Millisievert\* (16 Millisievert\* pro Block)

\*misst das Ausmass der Radioaktivität

Quelle: Axpo/Grafik: fr

nen 95 000 Personen, in den nächsten 50 Jahren an Krebs zu erkranken, wäre minimal gewesen: Es wäre rein rechnerisch mit bis zu drei zusätzlichen Krebsfällen zu rechnen gewesen.»

Konfrontiert mit der Studie, reagiert die Aargauer Grünen-Nationalrätin Irène Kälin erstaunt: «Mir ist schleierhaft, wie das Ensi zu diesem verharmlosenden Schluss kommen kann. Haben sich denn internationale Behörden allesamt getäuscht, die grössere Gefahren sehen?» Kälin greift das Ensi und dessen Direktor Hans Wanner an: «Für mich ist diese Studie der Beweis, dass die Behörde nicht neutral ist, sondern den Atomkraftwerkbetreibern nahe steht.

Dabei müssten sie als Aufseher unabhängig sein!» Weiter fragt Kälin, warum die Simulation am vergleichsweise neuen AKW in Gösgen und nicht an der ältesten Anlage in Beznau (Inbetriebnahme 1969) vorgenommen worden sei.

## Und in Beznau?

Das Ensi sagt dazu, das Kernkraftwerk Gösgen sei ausgewählt worden, weil in seiner Nähe am meisten Einwohner leben. Was aber geschähe bei einem Erdbeben in Beznau? Auch für diese Region gebe es Simulationen, sagt Rainer Meier, Sprecher der AKW-Betreiberin Axpo. Bei einem Erdbeben, das stärker wäre als dasjenige in Basel im

Jahr 1356, gäbe es im Raum Beznau zwar Tote, dies aber wegen einstürzender Häuser - nicht wegen der beiden AKW. Pro Block würde Radioaktivität von 16 Millisievert freigesetzt, insgesamt also 32 Millisievert - weniger als der Dosisgrenzwert von 100 Millisievert (siehe Grafik oben).

Der SP-Energieexperte Nationalrat Eric Nussbaumer (BL) sagt zur Ensi-Studie: «Das ändert nichts an der Tatsache, dass bei AKWs ein Restrisiko bleibt, welches nicht beherrschbar ist. Dieses Risiko sollten wir nicht aufrecht erhalten.» Grüne und SP fordern weiterhin die sofortige Abschaltung des ältesten Schweizer AKWs in Beznau.

## Nach Auto-Leih-Affäre Beat Villiger bleibt Zuger Regierungsrat

Nach mehr als einer Woche hat der Zuger CVP-Regierungsrat Beat Villiger eine Entscheidung getroffen: Er will «mit Freude und Elan» Regierungsrat bleiben. Er habe Fehler gemacht, aber nicht als Regierungsrat, sondern als Privatperson. Die Auszeit seit der Wahl vom 7. Oktober, die Gespräche mit Familie und Partei sowie die vielen aufmunternden Zuschriften hätten ihn in der Überzeugung bestärkt, das Amt weiterzuführen.

Der 61-jährige CVP-Regierungsrat geriet wenige Tage vor den Wahlen in die Schlagzeilen, weil er einer Frau ein Auto ausgeliehen hatte, obwohl diese keinen Fahrausweis besass. Ausserdem wurde der Vorwurf der Urkundenfälschung erhoben. Die Luzerner Staatsanwaltschaft hatte daraufhin ein Verfahren geführt, dieses jedoch eingestellt. Schliesslich gab Villiger am Wahltag in einem Interview mit dem «Sonntags-Blick» zu, dass er mit der Frau eine Affäre gehabt und eine gemeinsame Tochter habe. Villiger bedauert die entstandene Verunsicherung in der Öffentlichkeit. Mit einer Stellungnahme zu den aufgeworfenen Fragen und mit der Veröffentlichung seiner Privatgeschichte am Wahlsonntag habe er Offenheit gegenüber der Öffentlichkeit gezeigt, schreibt er in seiner Mitteilung. (SDA)

## Weltvermögensreport Schweizer weiter die Reichsten

Die Schweizer sind im Durchschnitt die reichsten Menschen der Welt, auch wenn sie im Vergleich zum Vorjahr etwas ärmer geworden sind. Laut dem Weltvermögensreport der Credit Suisse beträgt das Durchschnittsvermögen pro Erwachsenen hierzulande 530 240 US-Dollar. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Rückgang um 1,4 Prozent. Auf Platz zwei folgen die Australier mit 411 060 Dollar. Global stieg das Durchschnittsvermögen pro Erwachsenen um 3,2 Prozent auf 63 100 Dollar.

Am meisten zugelegt haben neben den USA vor allem China, die sich vom Rest der Welt punkto Wachstum absetzen können. Die Vermögen in den USA wuchsen der Studie zufolge um 6,9 Prozent auf 98 Billionen Dollar. Seit 2008 ist dort der Anstieg ungebremst, sowohl beim Gesamtvermögen und beim Vermögen pro Erwachsenen. In China betrug das Plus 4 Prozent auf 52 Billionen Dollar. Weitere Gewinner sind Deutschland, Frankreich und Grossbritannien, die alle Zunahmen von nahezu 1 Billion Dollar verzeichneten. (SDA)

## Rahmenabkommen Alain Berset will weiterverhandeln

«Wir wünschen, dass diese Gespräche weitergehen», sagte Bundespräsident Alain Berset bei seiner Ankunft gestern am Europa-Asien-Gipfel in Brüssel bezüglich der Verhandlungen zum Rahmenabkommen. Die EU-Kommission hatte diese am Dienstag bis auf weiteres gestoppt, nachdem eine von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker gesetzte Frist für eine Grundsatzvereinbarung bis Mitte Oktober ungenutzt verstrichen ist.

Alain Berset: «In den vergangenen Monaten haben wir sehr viel erreicht, aber wir sind noch nicht am Ziel.» Ein Treffen mit Juncker am Rande des Gipfels wäre «eine gute Gelegenheit, sich auszutauschen», so Berset. Bis jetzt sei aber noch nichts abgeschlossen. Bei der EU-Kommission hiess es, ein Treffen sei nicht vorgesehen. (RHE)

# Der digitale Alarm

Alertswiss Der Bund und die Kantone informieren bei Katastrophen über eine neu lancierte Handy-App. Die wichtigsten Fragen und Antworten.

VON YANN SCHLEGEL

## 1 Weshalb braucht es zusätzlich zum bestehenden Schweizer Alarmsystem Alertswiss?

Wer die Applikation herunterlädt, wird direkt auf dem Handy informiert: Bei Notlagen löst die Polizei eine Push-Meldung aus. Der App-Nutzer kann wählen, ob er Informationen über Ereignisse am aktuellen Standort oder auch in ausgewählten Kantonen will. Alertswiss ergänzt die bisherigen Alarmierungskanäle, ersetzt Radio und Sirenen also nicht. Der Bund koordiniert App und Website

direkt mit den rund 7800 Sirenen, welche die Behörden schweizweit jeweils im Februar testen. Er alarmiert die Bevölkerung beispielsweise bei Katastrophen wie Erdbeben, Waldbränden, Chemieunfällen oder nuklearen Unfällen. Alertswiss sei der direkte Draht zwischen den Behörden und der Bevölkerung, schreibt der Bund.

## 2 Wer steht hinter Alertswiss, und wer bedient das System?

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (Babs) veröffentlichte die App Anfang 2015 und entwickelte sie mit den Kantonen weiter. Neu können die Behörden sämtlicher Kantone und von Liechtenstein den digitalen Kanal bedienen. Die technische Infrastruktur betreibt der Bund. Den Alarm löst jedoch in der Regel die Kantonspolizei in der Einsatzzentrale aus. Sie trägt auch die Informationen über das Ereignis zusammen und formuliert Verhaltensanweisungen an die Bevölkerung. «Mit der App können

sie ohne Verzögerung weitergegeben werden», sagt der Aargauer Regierungsrat Urs Hofmann, Vizepräsident der Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz. Bei Grossereignissen kann auch die Nationale Alarmzentrale (NAZ) Alarm auslösen und Informationen verbreiten.

## 3 Wen wollen Bund und Kantone mit dem neuen Informationskanal ansprechen?

Die App richtet sich an jene Menschen, die nicht Radio hören oder nicht wissen, wie sie mit einem Sirenenalarm umgehen müssen. Der Bund will vor allem jüngere Leute, aber auch Zugewanderte und Touristen erreichen. Von Alertswiss profitieren zudem gehörlose und hörbehinderte Menschen. Deshalb zeigte sich der Schweizerische Gehörlosenbund gestern besonders erfreut. Nach jahrelangem Kampf komme nun endlich ein Alarmsystem, das hörbehinderte Menschen nicht ausschliesse, schrieb die Organisation.

## 4 Was sind gegenüber dem Radio die Vorteile der App?

Ein Grossteil der Bevölkerung trägt heute das Smartphone immer mit sich. Als Nutzer kann man die App individuell konfigurieren, also die Informationen gezielt auswählen. Zudem informiert der Bund in der App auch, wie sich die Bevölkerung auf einen Notfall vorbereiten kann. Via App gibt die Polizei bei Notlagen direkt Verhaltensempfehlungen, wie beispielsweise bei einem AKW-Unfall oder einem Erdbeben.

## 5 Welche weiteren Verbesserungen plant der Bund?

Der Bund wolle Alertswiss in den nächsten Jahren weiterentwickeln, sagte Babs-Direktor Benno Bühlmann gestern. Nächstes Jahr möchte das Babs den MeteoSchweiz-Alarm zu den Wettergefahren einbinden. Geplant ist auch, die Bevölkerung über Newsportale oder Bildschirme in Einkaufszentren zu alarmieren.